Armeefinanzierung

- 24.10.2026
- nebelspalter.ch / Nebelspalter Online
- Dominik Feusi

Bundeshaus-Briefing #154 Darum geht's nächste Woche Ob sich die Bürgerlichen auf eine Finanzierung der Armee einigen. Ob die Schweiz das Beihilferecht der EU mit einem «Buebetrickli» einführt – das zum Bumerang zu werden droht. Hinweis: Das Bundeshaus-Briefing gibt es auch kurz und kompakt als Podcast. Zu finden in allen gängigen Podcast-Apps. Jetzt reinhören.

Oder hier als Video: Was nächste Woche aktuell wird 1. Ob sich die Bürgerlichen auf eine Finanzierung der Armee einigen. In Kürze: Die Finanzkommission entscheidet über eine Finanzierungslösung für die Armee. Eine Woche später ist die Sicherheitspolitische Kommission an der Reihe. Es ist höchste Zeit dafür.

Die Fakten: Der Bundesrat hat geliefert: Am 19. Juni hat er erstmals Leitlinien für die Verteidigung verabschiedet. Damit will die Landesregierung die Armee konsequent auf die Verteidigung ausrichten. Die Leitlinien sind das Fundament der gleichzeitig publizierten Rüstungsplanung bis 2039. Damit erfüllt er, was das Parlament verlangt hat.

Jetzt fehlt nur noch die Finanzierungslösung. Der Finanzkommission liegen fast fünfzig Anträge vor, darunter zwei mit guten Aussichten. Was diskutiert wird: Der Ständerat will die Mehrwertsteuer um 0,2 Prozentpunkte (800 Millionen Franken pro Jahr) anheben und Kreditreste aus der Bundesverwaltung – also bewilligtes, aber nicht ausgegebenes Geld – im Umfang von 500 Millionen Franken in einen Fonds geben, der sich verschulden kann. Eingelegt würde auch der bisherige Rüstungskredit. Der Fonds muss sich verschulden können, um rasch Güter einzukaufen – auch weil sie sonst noch teurer werden.

Ein Antrag von Sicherheitspolitiker Thomas Hurter (SVP, SH), Martin Candinas (Mitte, GR) und Heinz Theiler (FDP, SZ) – offenbar geschmiedet im «Fédéral» gegenüber dem Bundeshaus. Der sieht statt einer Mehrwertsteuererhöhung Einsparungen bei der Entwicklungshilfe und die Rückgängigmachung des Verzichts auf Sparmassnahmen, vor. Die Kantone müssten dem Bund befristet mehr Geld abliefern. Und Mehreinnahmen aus Steuern kämen ebenfalls teilweise in den Fonds. Ein Antrag von Michael Götte (SVP, SG), der ebenfalls auf die Mehrwertsteuererhöhung verzichten, dafür 0,5 Prozentpunkte der bestehenden Mehrwertsteuer für die Armee zweckbinden und auf die Hälfte der Kreditreste verzichten will.

Das würde den Druck auf die Politik erhöhen, Prioritäten zu setzen. Die Analyse: Der Antrag Hurter ist breit abgestützt – aber in der Umsetzung schwierig, da jedes Jahr wieder um das Geld gefeilscht werden müsste. Damit wäre nicht sichergestellt, dass für prioritäre Rüstungsbeschaffungen jährlich zusätzliche Finanzmittel in den Fonds eingelegt würden. Und dass die Kantone bluten sollen, dürfte im Ständerat nicht gut ankommen. Der Antrag Götte ist grundsätzlicher und strenger: Mit der Zweckbindung ist das Geld schon bei der Rüstungsplanung, bevor es in Politikerhände gerät.

Die Kritik: SP und Grüne wollen jede zusätzliche Aufrüstung verhindern – ihre Anträge dienen der eigenen Klientel – und der Verwirrung der Bürgerlichen. Selbst in der SVP gibt es Kritik an der Aufrüstung, diese sei gar nicht nötig – man will lieber Trittbrettfahrer bei anderen Armeen und der Nato bleiben. Dem Finanzdepartement ist offenbar wichtig, dass die Schuldenbremse eingehalten wird – und auch die Verwendung der Kreditreste findet man im Bernerhof nicht gut. Mit diesen wurden in der Vergangenheit die Schulden abgebaut. Auch an ein neues Entlastungsprogramm glaubt man nicht – weil es das Parlament ja beim letzten Versuch nicht hinbekommen hat.

Man weiss also vor allem, was man nicht will. Das grosse Bild: Bis in bürgerliche Kreise hinein

fehlt das Bewusstsein, dass sich Sicherheitspolitik immer auf Gefahren vorbereiten muss, die vielleicht nie eintreten – genau damit sie nicht eintreten. Das Konzept der Abschreckung, des alten und erprobten lateinischen Grundsatzes «Si vis pacem para bellum» (dt.: «Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor») ist verloren gegangen – sei es aus pazifistischer Naivität oder rechter Verharmlosung der russischen und linker Verharmlosung der islamischen Gefahr (oder allem gleichzeitig). Wozu das Ganze: Als wahrscheinlichste Gefahren nennt der Bundesrat: Sabotage gegen kritische Infrastrukturen – beispielsweise das Stromnetz.

Angriffe aus der Distanz mit Drohnen, Marschflugkörpern und ballistischen Lenkwaffen. Angriffe im Cyberraum und Spionage. Einen umfassenden Angriff mit Bodentruppen hält er in absehbarer Zeit für unwahrscheinlich. In Zahlen: Das kostet – aber weniger als die seit dem Ende des Kalten Krieges eingesparten 140 Milliarden Franken «Friedensdividende»: insgesamt 58 Milliarden Franken Budgetkredite bis 2039. 24 Milliarden davon kommen aus 0,2 Prozentpunkten Mehrwertsteuer und 500 Millionen Rechnungsüberschüssen pro Jahr, wie der Ständerat beschloss.

80 Prozent für Luftverteidigung, Drohnen, Cyberschutz und Schutz der Soldaten 20 Prozent für die Abwehr eines umfassenden Angriffs. Nur 4 von 17 Infanteriebataillonen sind heute vollständig ausgerüstet. Über eine Abwehr gegen ballistische Raketen verfügt die Schweiz nicht. Weniger Generäle – mehr für die Soldaten: Das VBS hilft mit einem Abbau eines Viertels der höheren Stabsoffiziere und der Verschlankung der Stäbe mit. Was nicht kommt: Panzer und Schützenpanzer werden nicht ersetzt.

Der Leopard erhält bloss eine Nutzungsverlängerung für 500 Millionen. Zusätzliche Kampfjets sind erst nach 2039 ein Thema. Meine Beurteilung: Das VBS hat geliefert, was das Parlament bestellt hat – mit Jahreszahlen, Beträgen und Prioritäten, so detailliert wie kaum ein anderes Verteidigungsministerium. Es ist keine generelle Aufrüstung, sondern eine gezielte. Jetzt muss das Parlament liefern: eine Finanzierungslösung, die nicht von den Politikern und ihren Launen abhängt.